

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einblendung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 50

Sonnabend, den 14. Dezember 1929

33. Jahrgang

## Das Kampfsprogramm der Unternehmer

Sabotage der Arbeitslosenversicherung. — Abbau der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen. — Verschärfung der Verbrauchssteuern. — Einführung einer Wohnungs- und Kopfsteuer.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat am 3. Dezember Richtlinien für die kommende Steuer- und Finanzreform veröffentlicht. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesen Richtlinien um ein Kampfsprogramm gegen die moderne Arbeiterbewegung. Schon am 12. Dezember soll sich ein außerordentlicher Industrietag in Berlin mit diesen Richtlinien beschäftigen. Man will sie nicht nur in Millionen von Exemplaren in die Massen werfen, sondern auch durch eine Rundgebung größten Formats den kommenden Verhandlungen über die großen Reformen die Initiative des Unternehmertums aufzwingen. Die Richtlinien führen eine diktatorische Sprache, wie sie das Unternehmertum nach dem Kriege noch nie gebraucht hat. Inhaltlich geben sie das Sammelsurium von Ideen sogenannter prominenter Industrieführer wieder, die nicht über ihre Nasenpitze hinausschauen können. Die Argumentation liefert die jungen Leute im Reichsverband der deutschen Industrie, und zwar in einer geradezu frivolen, wenn nicht verbrecherischen Weise. Die deutsche Arbeiterschaft wird in den nächsten Wochen und Monaten vor äußerst harten Kämpfen stehen, denn die Industrie wird alle Mienen springen lassen, um von ihrem Programm möglichst viel durchzusetzen.

Das Programm des Unternehmertums geht von der Forderung aus, die Kapitalbildung in Deutschland stärker zu betreiben. Dazu wird in erster Linie eine steuerliche Entlastung des Unternehmertums und ein Abbau der sozialpolitischen Leistungen verlangt.

Auf steuerlichem Gebiet ist ein Abbau der direkten Steuern, also der Besitz- und Vermögenssteuern und eine Erhöhung der indirekten Steuern, also eine weitere Belastung des Verbrauchs vorgesehen. Verlangt wird u. a. Fortfall der Industriebelastung, womit die Erleichterungen aus der Reparationsregelung nur dem Unternehmertum zugute kommen sollen, sofortige Herabsetzung der Gewerbesteuer auf die Hälfte und Fortfall nach einer kurzen Uebergangszeit, völlige Befreiung der Kapitalertragssteuer, Senkung der Einkommensteuer für die mittleren und die höheren Einkommen, Herabsetzung nur der Betriebe zur Vermögenssteuer, die diese aus ihrem Ertrag zahlen können, Verminderung bzw. Befreiung der sogenannten Kapitalverkehrssteuer usw. Die Erfüllung allein dieser Forderungen würden für das Unternehmertum ein Milliarden Geschenk bedeuten, für das Reich, die Länder und Gemeinden aber völlige Zerrüttung der Finanzen. Das schert das Unternehmertum aber wenig. Es gibt Reich, Ländern und Gemeinden den guten Rat, den Steuerausfall durch höhere Besteuerung des Verbrauchs auszugleichen. Man scheint im Reichsverband der deutschen Industrie der Ansicht zu huldigen, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft noch zu gut ist und daß diese Arbeiterschaft noch zuviel verbraucht. Weiter wird die Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft im Zeitraum von fünf Jahren und der Fortfall der Hauszinssteuer verlangt. Wie man die Wohnungsmisere in Zukunft überwinden will, darüber gerät sich der Reichsverband der deutschen Industrie nicht den Kopf. Die Proleten können in ihren Wohnhöhlen noch enger beisammenhocken. Hauptsache, daß sich der Besitz Paläste baut. Zu diesem Zwecke wird eine Mietssteuer empfohlen. Sie soll so gezahlt werden, daß von jedem Wohnraum eine bestimmte Abgabe zu entrichten ist. Diese Steuer trägt der Mieter und nicht der Vermieter, dem durch die Inflation Milliarden Geschenke in die Taschen fließen. Wohl verspricht hier die Zeitschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie, daß auf die ärmere Bevölkerung und auf Kinderreiche Rücksicht genommen werden soll. Das kennt man. Bei der Höhe der Summen, die bei Fortfall der Hauszinssteuer durch eine Wohnungssteuer aufzubringen sind, werden natürlich die breiten Massen, die ärmsten der Armen bluten müssen. Für die Aufbringung der Gemeindesteuern wird ein Verwaltungsbeitrag vorgeschlagen. Das ist die übelste Kopfsteuer, die man sich denken kann! Gewerbe- und Realsteuern sollen abgeschafft werden. Die Kreise der Industrie und des Handels, deren Steuerrückbergerei ja gerichtsnotorisch ist und für die die Gemeinden jährlich große Anlagen errichten müssen, sollen frei ausgehen. Zahlen soll der kleine Mann, der Arbeiter, der Angestellte und Beamte. Nach dieser Richtung wirkt auf die andere Forderung einer schärferen Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Die breiten Massen sollen Gas, Elektrizität und Wasser, Omnibus, Straßenbahn und Vorortbahn höher als bisher bezahlen. Was kümmert's das Unternehmertum. Das Unternehmertum wird sich hinterher schon, als Großbezieher von Wasser und Energie, Vorzugspreise ausbedingen.

Das Steuerprogramm des Reichsverbandes der deutschen Industrie stellt einen Rückfall in die primitivste Steuerpolitik dar, die wir lange überwinden wärenten. Es kann auch nur in seiner Primitivität von dem sozialpolitischen Programm des Reichsverbandes getroffen werden. Grundsätzlich wird in diesem Programm ein Abbau der Leistungen gefordert. Davon ausgehend verlangt man eine abermalige Reform der Arbeitslosenversicherung mit dem Ziel einer radikalen Senkung der Leistungen.

Hauptprogramm ist jedoch die Reform der Schlichtungsordnung und des Schiedspruches. Die Möglichkeit von Verbindlichkeitserklärungen, wie sie der jetzige Rechtszustand bietet, soll beseitigt werden.

Die Verbindlichkeitserklärung dürfe nur noch bei Gesamtschlichtungen in lebenswichtigen Betrieben und bei solchen Gesamtschlichtungen zugelassen werden, welche die Volkswirtschaft so stark treffen, daß die Lebensmöglichkeit der Gesamtbevölkerung gefährdet ist. Was aber der Begriff lebenswichtig auf sich hat, das soll in einer Reichsverordnung, natürlich unter Mithilfe des Unternehmertums, festgelegt werden. Wo aber Verbindlichkeitserklärung erfolgen kann, wird nach den Plänen des Unternehmertums nicht mehr das Reichsarbeitsministerium zuständig sein, sondern eine sogenannte Reichsschiedsstelle, in der das Unternehmertum, natürlich die Mehrheit hat.

Zu der Mehrbelastung tritt nach diesen Reformvorschlägen ein Abbau der sozialen Leistung und stärkster Lohnbrud. Alles wird aber mit der Notwendigkeit einer stärkeren Kapitalbildung begründet, durch die man mehr Arbeitsgelegenheit in Deutschland schaffen will. Die Notwendigkeit einer stärkeren Kapitalbildung wird niemand leugnen. Auch in der besten Gemeinwirtschaft wird

man Kapital bilden müssen. Die Pläne des deutschen Unternehmertums gehen aber dahin, daß diese Kapitalbildung durch Druck auf die Löhne und die ganze Lebenshaltung der breiten Schichten vollzogen wird. Selbstverständlich kann man so Kapital bilden. Selbstverständlich kann man auch für dieses Kapital Maschinen kaufen. Ob man damit aber Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne hat, das ist eine andere Frage und die entscheidende Frage. Eine Maschine kann nur arbeiten, die allgemeine Produktivität in der Volkswirtschaft steigern und neue Werte schaffen, wenn Leute da sind, die die Waren kaufen können, die die Maschine produziert. Ist das nicht der Fall, dann muß die Maschine feiern; dann müssen die Fabriken schließen. Die teure Maschine ist dann kein Kapital. Rentabel wird nur eine Maschine, wenn genügend Kaufkraft vorhanden ist. Ist sie nicht vorhanden, dann ist die Maschine Schrott. Dann führt die von unserem Unternehmertum verlangte Kapitalbildung nicht zu vermehrten Arbeitsgelegenheiten, sondern zur Zerrüttung der Wirtschaft, zur Desorganisierung unserer Arbeitsmärkte. Kapital kann nur durch Leistungssteigerung gebildet werden. Voraussetzung ist dafür eine gute Sozialpolitik. Der Reichsverband der deutschen Industrie geht allerdings davon aus, daß der Umfang der sozialen Fürsorge davon abzuhängen hat, was so vom Tisch des Unternehmertums an Brocken abfällt. Der Charakter der Sozialpolitik als Quelle neuer Werte und neuer Leistungssteigerung scheint dem Reichsverband der deutschen Industrie noch nicht klar gemorden zu sein. Worüber man sich nicht wundern kann, wenn man sich die anderen kindischen Vorschläge betrachtet.

Wenn der Reichsverband der deutschen Industrie von der Notwendigkeit der Kapitalbildung spricht, dann denken seine Mannen ja nicht an die Gesamtwirtschaft; dann denken sie nur an ihre Profitquote. Steigerung der Profitquote ist die Hauptsache. Das ganze Programm des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist ein Programm des wirtschaftlichen Egoismus, darauf abgestellt, neue Machterweiterungen des Privatkapitals vorzubereiten. In diesem Sinne wird die Forderung nach einer Auflockerung der Kartellverordnung erhoben. Der Zwangskartellismus soll unter Ausschaltung aller wirtschaftsdemokratischen Bestrebungen gefördert werden. Auf dieser Linie liegt auch eine andere Forderung, die eine Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft verlangt, und zwar sehen die Richtlinien hier eine Kontrolle der Auslands- und Inlandsanleihen der öffentlichen Betriebe durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vor, dessen feindliche Stellung gegenüber der Gemeinwirtschaft ja genügend bekannt ist. Durchführung dieser Forderung bedeutet Abdrosselung der öffentlichen Betriebe.

Durch das Gesagte wird der Ernst der kommenden Situation wohl deutlich. Die Arbeiter haben die Pflicht, die Reihen enger als je zu schließen. Sie müssen sich klar werden, daß es hier um's Ganze geht!

## Der gewerkschaftlichen Verbindung die richtige Wertschätzung!

Steinmehlen und Steinhauer waren die Gründer unseres Verbandes. Während noch vor 27 Jahren ihr Anteil an der Gesamtmitgliedschaft 81,3 vom Hundert betrug, ist dieser Anteil im Jahre 1928 auf 12,6 vom Hundert zusammengeschrumpft. In der Hauptsache durch die Entwicklung in der Natursteinindustrie, allerdings auch durch die veränderte Bauweise im Baumaterial und im Stiel.

Folgende Gliederung der Verbandsmitglieder des Jahres 1928 nach Gesteinsgruppen belegt die Arbeiter-Umschichtung in der Natursteinindustrie, die durchaus nicht als abgeschlossen angesehen werden darf, denn die Entwicklung läßt sich bekanntlich durch nichts binden:

Gesteinsgruppe	Anzahl Mitglieder	Anteil vom Hundert
Pflasterstein- und Schottersteinindustrie	34 302	50,5
Granitwerksteinindustrie	4 012	5,9
Granitschleifereiindustrie	3 401	5,0
Reichswerksteinindustrie	4 010	5,9
Kunststein usw.	680	1,0
Kalksteinbrüche	2 721	4,0
Marmorindustrie	2 041	3,0
Marmorindustrie	1 496	2,2
Alabaster, Lithographestein, Schiefer, Serpentin	1 658	2,0
Grabmalgewerbe	14 002	20,5

Steinmehlen, Steinhauer und Steinbildhauer dürfen aber trotz der gegenwärtigen schlechten Berufsfrage nicht verzagen. Die Wertschätzung unserer gewerkschaftlichen Organisation durch die genannten Berufskollegen soll nicht minder sein wie zur Blütezeit der Steinmehl- und Steinbildhauerkunst.

Kollegen, denkt an die ununterbrochene gewerkschaftliche Verbandsarbeit zur Besserung und Linderung der gesundheitlichen Auswirkung in der Steinbearbeitung!

Werbt ohne Unterlaß für den Verband, helft so die Reihen der organisierten Steinarbeiter stärken und vergeßt nie, daß eure Rechte auf dem Gebiete der Berufsfolgen nach wie vor mit entsprechender Sachkenntnis und Energie nur vertreten werden vom



## Neue Roggenwirtschaft Wo bleibt der Verbraucher?

Die Verhältnisse auf den Getreidemärkten haben jetzt zu dem Entschluß mehrerer Regierungen geführt, durch Planmäßigkeit zu einer Überwindung der Schwierigkeiten zu kommen. Vor allem gilt das für die nordamerikanische Regierung. Auf Grund eines im Sommer dieses Jahres angenommenen Gesetzes sind in der nordamerikanischen Union sogenannte Stabilisierungskorporationen gebildet worden. Diese haben die Aufgabe, mit Hilfe eines Kredits in Höhe von 500 Millionen Dollars so viel Weizen aus dem Markt herauszunehmen, daß der fortwährende Rückgang der Weizenpreise zum Stillstand kommt. Die nordamerikanische Regierung läßt sich bei der großzügigen Aktion vor allem davon leiten, die Kaufkraft der Landwirtschaft, ausschlaggebend für die Industrieentwicklung und besonders wichtig für den hohen Stand der nordamerikanischen Konjunktur, nicht absinken zu lassen.

Der Preisrückgang in den überseeischen Weizenangebieten beruht auf den Erfordernissen der beiden letzten Jahre. Ähnliche Schwierigkeiten haben wir ja auch in Deutschland. Bei uns handelt es sich nicht um den Weizen, sondern um den Roggen. Wir haben auf Grund der beiden letzten guten Ernten zu viel Roggen in Deutschland. Dazu kommt, daß der Verbrauch an Roggen zu Brotzwecken nachgelassen hat. Das verschärfte Arbeitsstempo in der Industrie bedingt in der Ernährungswirtschaft den Uebergang von Kohlehydraten zu Eiweißstoffen. Man verbraucht weniger Roggen und Kartoffeln und wendet sich mehr der Fleischnahrung, der Milch, dem Gemüse usw. zu. Schon seit jeher mußten wir unsern Roggen zu verbilligten Preisen nach dem Ausland ausführen. Wir trieben also ein regelrechtes Roggenumpinning und gewährten mit Hilfe von Einbußen eine Roggenexportprämie. Hier ist nun Deutschland ein starker Konkurrent entstanden, nämlich Polen. Die polnische Landwirtschaft hat von der deutschen nicht nur gelernt, wie man Roggen drückt, sondern sie lernte auch das Roggendumping. Polen zahlt seit einiger Zeit außergewöhnlich hohe Roggenexportprämien und es dürfte, wenn hier nicht frühzeitig eine Verständigung zustandekommt, sich im Roggenexport ein Konkurrenzkampf entwickeln, den das Inland und die Reichskasse mit überbeurten Roggenpreisen zu bezahlen hätten. Vorläufig liegen die Dinge so, daß der Roggenpreis in Deutschland noch bis vor kurzem um Friedenspreis (pro Tonne Roggen = 170 Mk.) pendelte. Dabei ist von Wichtigkeit, daß die Verbraucher an den niedrigen Getreidepreisen nicht profitieren haben. Sie bezahlen tatsächlich mit ihren Brotpreisen weit höhere Roggenpreise. Die unge-

heute Preisdifferenz stecken Handel und Verarbeitung ein. Der niedrige Roggenpreis und der zu hohe Brotpreis ist fest im Auge zu behalten.

Nun hat man immer wieder vorgeschlagen, den überflüssigen Roggen in Deutschland vermehrt zur Viehfütterung, besonders für die Schweinemast anstelle der ausländischen Futtergerste zu benutzen. Der Gedanke ist richtig. Nur stößt seine Ausführung auf Schwierigkeiten. Zuviel Roggen haben wir in Ostdeutschland. Futtergerste wird aber weitaus der Elbe verfrachtet, wo die deutschen Schweinemäster sitzen. Das wird aber zu teuer. Außerdem müßte man die Schweinemäster in Westdeutschland irgendwie anlocken, statt der ausländischen Futtergerste deutschen Roggen in der Mäst zu verwenden. Das ist durchaus möglich, wie zahlreiche Versuche gezeigt haben, ohne die Qualität des Schweinefleisches zu beeinträchtigen.

Diese Situation hatte die gegenwärtige Regierung vor sich, als sie sich zu den neuen Zollvorschlägen entschloß. Die Bezeichnung Zollvor schläge ist nicht recht am Platz. Gewiß, die Vorschläge der Regierung sehen aus wie Erhöhungen z. B. der Weizen- und Roggenzölle vor. Das ist aber nicht das wesentliche und es wird über die Zölle überhaupt und über ihre Höhe noch im Reichstag zu reden sein. Wesentlich an den Vorschlägen ist, daß die ganze Roggenwirtschaft auf eine andere Basis gestellt wird. Es handelt sich also nicht um eine Zollerhöhung, sondern um eine Wirtschaftsumgestaltung, die von denselben Gesichtspunkten ausgeht, wie die Weizenpreiserhöhungsbestrebungen in Nordamerika. Was sehen nun die Regierungsvorschläge vor? Durch den Scheuerzollern und durch die Getreidehandelsgesellschaften, die in enger Beziehung zum Reich und zu Preußen bzw. zu Einrichtungen stehen, auf die das Reich und Preußen maßgebend einwirken, werden große Mengen von Roggen aus dem Markt genommen. Diese Mengen sollen für die menschliche Ernährung unbrauchbar gemacht und dann für die Schweinemast in Westdeutschland verwendet werden. Zur Verbilligung des Roggens zahlt das Reich eine gewisse Summe pro Tonne, die als Transport- und Verfrachtungspremie zu bezeichnen ist. Der Zoll für Futtergerste wird von 2 auf 5 Mk. herauf gesetzt, aber nur für Landwirte, die keinen Roggen verfrachten. Sobald deutscher Roggen verfrachtet wird, und zwar zu einem noch festzusetzenden Teil, bleibt es bei dem Futtergerstenzoll von 2 Mk. Die Gelder für die Transport- und Verfrachtungspremie wird sich das Reich dadurch beschaffen, daß es die Roggenexportprämie, den sogenannten Einfuhrschcin, abbaut. Wir schränken damit das Dumping auf den Auslandsmarkt ein, was der deutschen Viehzüchter zugute kommen wird. Denn die skandinavischen Viehzüchter haben doch bisher mit dem billigen Dumpingroggen aus Deutschland die Konkurrenz gegen die deutschen Viehzüchter bestritten. Auf der Linie einer Einschränkung des Dumpings liegt auch die geplante Verfrachtung mit Polen über die Roggenausfuhr. Man denkt hier an die Gründung eines deutsch-polnischen Roggenausfuhrsyndikates. Die deutsche Roggenausfuhr wird also, wenn sich die Pläne verwirklicht haben, über eine ganz bestimmte Kontrolle laufen. Das würde das Ende des Roggendumpings bedeuten. Allein die Tatsache, daß wir durch diese Regelung einen teuren Konkurrenzkampf bis aufs Weizenbluten, wie wir ihn beispielsweise in der Kohlenindustrie haben, vermeiden, ist von Bedeutung und schon so etwas wie eine Messe wert.

Man hat die Regelung den ersten Schritt zum Getreidemonopolen genannt, das die Sozialdemokratie ja seit jeher fordert. Dagegen läßt sich dieses erheben. Feststeht jedoch, daß durch die Regelung große Mengen von Getreide dem freien Handel entzogen werden. Die größten Getreidehändler in Deutschland werden in Zukunft die Getreidehandelsgesellschaften und der Scheuerzoller sein, die ihre Geschäfte nicht nach Profitinteressen sondern nach volkswirtschaftlichen Interessen einzurichten haben. Noch sind wir leider nicht so weit, daß der freie Getreidehandel, wie er seit Tagen ständig klagt, durch die Neuregelung zermalmt wird. Aber wir sind hoffentlich auf dem Wege dazu.

Und einen anderen Weg gibt es nicht, um das gesunde Verhältnis zwischen Getreidepreis und Brotpreis herzustellen, um in Zukunft den tollen Zustand zu verhindern, daß der Roggen soviel kostet wie im Frieden, während der Brotpreis gegenüber dem Friedenspreis einen unverantwortlichen Aufschlag aufweist.

Mit den Vorschlägen der Regierung wird zweifellos ein großer Schritt zur gebundenen Getreidewirtschaft getan. Natürlich sind diese Vorschläge Kompromiß. Die sozialistischen Agrartheoretiker konnten selbstverständlich ihre Ansichten nur gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien durchsetzen. Und sie haben, das muß ihnen bescheinigt werden, nicht schlecht dabei abgeschnitten. Man muß immer überlegen, daß die oben geschilderte Reform unserer Roggenwirtschaft mit der Erneuerung des gegenwärtigen Zolltarifs zusammenfällt, der Ende Dezember abläuft. Die Interessenten haben, wie wir das schon so gewohnt sind, ungeheuerliche Zollforderungen angemeldet. Die Textillfabrikanten, die Eisenindustrie, die Produzenten von Eisenwaren, Schuhen und Aluminium usw. hatten ihre Forderungen angemeldet. Die Landwirtschaft hatte durch die sogenannte Grüne Front ein Programm aufgestellt, das eine höhere Verzollung für so ziemlich jeden landwirtschaftlichen Artikel verlangt. Ohne die Sozialdemokratie in der Regierung hätten wir ohne Zweifel eine neue Zollwelle und eine neue Steuerungsstufe erlebt. Das ist durch das gegenwärtige Kabinett mal erst zurückgelehrt worden. Mit seinen Vorschlägen zum Zolltarif treibt das Kabinett Wirtschaftspolitik und keine Zollpolitik, d. h. keine Interessentenpolitik. In der Vorlage der Regierung ist allerdings eine Erhöhung der am 15. Februar in Kraft tretenden Roggenzölle von 7 Mk. und der Weizenzölle von 7,50 Mk. durch einen Ausgleichszuschlag in Höhe von 2,50 Mk. vorgesehen. Diese Erhöhung tritt aber nur dann in Kraft, wenn der Weizenpreis unter 270 Mk. und der Roggenpreis unter 230 Mk. pro Tonne sinkt. Ist das der Fall, dann ermäßigt sich der Zollschuß auf 5 Mk. In Richtung einer Zollermäßigung wirkt aber auch der Abbau der Ausfuhrprämie, des Einfuhrschceins. Hier vollzieht sich ein grundsätzlicher Wandel in unserer Zollpolitik. Der Landwirtschaft wird der Zoll nicht auf jeden Fall und ohne Rücksicht auf die Getreidepreise gegeben, sondern die Zollerhöhung tritt nur dann in Kraft, wenn die Preise unter eine bestimmte Grenze sinken. Wir sind damit von starren Zöllen, die eine Liebesgabe für die Landwirtschaft waren, zu gleitenden Zöllen übergegangen, denen volkswirtschaftliche Bedeutung nicht abzusprechen ist. Wir haben die Einrichtung der gleitenden Zölle mit Hilfe der Sozialdemokratie schon seit vorigem Jahre bereits in der Zuckerwirtschaft, wo sie sich gut bewährt hat.

Mit Hilfe der Einrichtung werden die Getreidepreise in Deutschland natürlich steigen. Das ist auch Sinn der Sache. Die Landwirtschaft soll einen auskömmlichen Preis für ihre Produkte erhalten. Nur so ist es möglich, den Boden in Deutschland für die menschliche Ernährung auszunutzen und die in den letzten Jahren gestiegene Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland soweit zurückzubringen, als wir die Lebensmittel im Lande selbst produzieren können.

Nun ist die Frage berechtigt, wie der Verbraucher dabei fährt? Wird der höhere Getreidepreis nicht die Brotpreise noch weiter verteuern? Wird die Verbraucherschaft die neue Regelung in der Getreidewirtschaft nicht mit einer Verschlechterung der Lebenshaltung bzw. mit einer Reduzierung des Reallohns büßen? Die Gefahr liegt nahe! Die Brotpreise gehen nämlich bis jetzt niemals mit den Getreidepreisen zurück, wohl aber mit den Getreidepreisen heraus und das werden sie wohl auch jetzt tun. Das ist das Bedenkliche an der neuen Regelung. Wenn man schon auch zugestehet, daß der Landwirt zu Friedenspreisen nicht auf die Dauer produzieren kann, so muß man dem Arbeiter zugestehen, daß er nicht überbezahlte Brotpreise zahlen wollen wird. Die Gefahr einer Brotverteuerung muß unbedingt verhindert werden.

Für die Dauer wird sich die Angleichung des Brotpreises nur soweit vollziehen lassen können, wie wir den Handel und die Verarbeitung mit ihren zu hohen Zwischengewinnen aus schalten. Die Bedeutung der neuen Regelung dafür haben wir bereits

gewürdigt. Dieser Prozeß gebraucht auch zu seiner Auswirkung viel Zeit. Deshalb muß zu anderen Mitteln gegriffen werden, die schnellere Wirkung versprechen. Sie müßten darin bestehen, daß eine unbegründete Brotpreisverteuerung verhindert wird. In diesem Zusammenhang ist im Reichstag darauf zu bringen, daß die Richtpreise für die gleitenden Zölle heruntergesetzt werden. Sie müssen so gehalten werden, daß der gleitende Zoll nicht zur Brotverteuerung führt. Man wird also Vorzüge zu treffen haben, wie sich die Preisspanne zwischen Getreide und Brot entwickelt. Hier ist dann einzusehen, um volkswirtschaftliche Schädigungen zu verhindern.

Denn die Kaufkraft des Arbeiters ist ebensoviel wert, wie die Kaufkraft der Landwirtschaft.

### Der unsichtbare Arbeitslohn

Unser Arbeitslohn durchwandert den Haushalt. Er kommt ein, und sein Zweck ist ausgegeben zu werden. Dabei ist die Art der Ausgabe recht verschieden. Der bei weitem größte Teil, ja meist sogar der ganze Lohn wird zur Befriedigung materieller und kultureller Bedürfnisse verwandt. Hierzu gehören die Ausgaben für Wohnen, Leben, Kleiden, Bildungsweesen usw., während eventuelle Spargelder unter Verzicht auf augenblicklichen Genuß an einem späteren Zeitpunkt die Funktionen erfüllen sollen, die eine sofort getätigte Lohnausgabe im Augenblick ermöglicht. Dieser ganze Aufwand wird aus den Mitteln bestritten, die dem Arbeiter als Entgelt für seine Tätigkeit vom Unternehmer als Lohn ausgehändigt werden. Neben diesen Ausgaben, die der Arbeitnehmer selbst vornimmt, werden zum selben Zweck, nämlich Lebensbedürfnisse zu befriedigen, noch von anderen Stellen Mittel für ihn aufgewandt. Diese anderen Stellen sind die öffentlichen Körperschaften, Kommunen, Kommunalverbände, Länder und Reich. Soweit die von jenen Kollektivgebilden verausgabten Summen für den Arbeitnehmer ausgegeben werden, stellen sie den „unsichtbaren Arbeitslohn“ dar, dessen Wesen und Höhe uns hier beschäftigen soll.

### In die Mitglieder des Verbandes

Wie die Beschickung und Beteiligung am kommunistischen Kongreß der sogenannten Gewerkschaftsopposition gegen die gewerkschaftlichen Interessen verläuft, so verläuft auch die Ausführung der auf dem Oppositionskongreß gefassten Beschlüsse einschl. der Berichterstattung in gewerkschaftlichen Veranstaltungen gegen die Interessen der Verbände.

Die Gewerkschaften regeln ihre Angelegenheiten bei größter Meinungsfreiheit ihrer Mitglieder selbst. Jede Einmischung Außenstehender ist unzulässig! Daraus folgt, daß die Mitglieder strengste gewerkschaftliche Disziplin üben und von außen kommende Parolen unbeachtet lassen.

Jede Zweideutigkeit ist vom Uebel! Es gibt nur ein Entweder — Oder! Wer es mit seiner Gewerkschaft gut meint, kann sich nicht von außen herkommenden gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen leiten lassen. Wer sich der gewerkschaftlichen Disziplin widersetzt, verstoßt gegen das Statut des Verbandes und hat die Folgen seines verbandshädigenden Verhaltens zu tragen.

Der Verbandsvorsitzende. J. A.: Ernst Winkler.

Bestimmte Teile des Volkseinkommens für kollektive Zwecke zu verwenden, ist allen Kulturstaaten eigen, ja diese Tatsache macht sie erst zu solchen. Die Höhe dieser Ausgaben ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Das statistische Reichsamt veröffentlicht darüber eingehende Erhebungen. Darin ist dargestellt, wie hoch die Verwaltungskosten je Kopf der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Deutschland, Schweden, Belgien und Polen sind. Die Ausgaben für Heer, Flotte, Kriegsschuldendienst und koloniale Betätigung, kurz alles, was dem Zwecke der Landesverteidigung dient, ist in den unten aufgeführten Ziffern nicht enthalten. In England, Schweden, Belgien und Polen kommen nur der Staat, die Kommunen und die Kommunalverbände in Frage, in Deutschland und Amerika daneben noch die Gliedstaaten. (Für Deutschland beispielsweise Preußen, Bayern, Sachsen usw.) Von all diesen öffentlichen Körperschaften wurden im Jahre 1925 pro Kopf der Bevölkerung folgende Summen den Etats zugeführt und dann verausgabt:

Land	Reich (Staat)	Gliedstaaten	Kommunen u. Kommunaleverbände	Insgesamt
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Vereinigte Staaten von Amerika	27,4	55,1	220,9	303,4
England	48,9	—	195,6	244,5
Schweden	75,8	—	129,5	205,4
Deutschland	24,4	62,1	93,9	180,4
Belgien	34,1	—	84,3	118,4
Polen	33,7	—	15,0	48,7

Auffallend sind die großen Unterschiede, differieren doch die Verwaltungskosten pro Kopf der Bevölkerung zwischen Amerika und Polen um mehr als 600 Prozent. Hier spiegelt sich der Nationalreichtum der betreffenden Staaten getreu wider. An erster Stelle steht Amerika mit 303,40 Mk., dem erst in weitem Abstände England mit 244,50 Mk. und dann Schweden mit 205,40 Mk. folgt. Deutschland steht mit 180,40 Mk. erst an vierter Stelle. Nur in Belgien und Polen sind die entsprechenden Summen noch geringer als bei uns; allerdings ist auch hier der Unterschied recht beträchtlich, da Polen mit 48,70 Mk. noch weniger als ein Drittel soviel pro Staatsbürger aufwendet wie Deutschland.

An Hand oben dargestellter Statistik ergibt sich, daß das vom deutschen Unternehmertum bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten vorgebrachte Schlagwort, die öffentliche Hand lauge zu viel Mittel aus der Wirtschaft, eine ganz haltlose Behauptung ist. Gerade diesen Kreisen, die in ihrer Propaganda stets betonen, nur noch in dem freien Amerika sei die privatwirtschaftliche Betätigung vor dem Eingriffrecht des Staates bewahrt, sollte die Tatsache, daß Amerikas öffentliche Körperschaften zur Befriedigung kollektiver Bedürfnisse 68 Prozent mehr gebrauchen als Deutschland, zu denken geben. Wäre es richtig, daß die Höhe der Verwaltungskosten einen Gradmesser dafür bildet, wie weit die „kalte Sozialisierung“ schon gediehen sei, dann müßte drüben schon halber Sozialismus herrschen. Daß das nicht der Fall ist, braucht kaum noch bewiesen zu werden, aber damit bricht auch die Unternehmerrhetorik von der kalten Sozialisierung in sich zusammen.

Interessant ist weiter der verhältnismäßig hohe Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände an der Aufbringung und Aufwendung der Gelder für kollektive Zwecke. Er beträgt in Deutschland 52,1 Prozent, in den Vereinigten Staaten 72,7 Prozent, in England 79,8 Prozent, in Schweden 63,1 Prozent, in Belgien 71,2 Prozent und in Polen 30,7 Prozent des Gesamtaufwandes pro Kopf der Bevölkerung. Hieraus geht erneut hervor, wie bedeutungsvoll der Einfluß der Arbeitnehmerschaft auf die Kommunalpolitik ist. Aus Anlaß der erst kürzlich in Deutschland vollzogenen Kommunalwahlen haben deshalb die Organe der freien Gewerkschaften mit Recht diesem Problem eingehende Betrachtungen gewidmet. Was da für Deutschland und die deutsche Arbeitnehmerschaft

gelayt wurde, gilt, wie wir gesehen haben, grundsätzlich für alle Staaten, in denen die Arbeiterschaft am öffentlichen Leben gestaltend mitwirken kann.

Welcher Art nun sind die Aufwendungen, die zur Befriedigung kollektiver Bedürfnisse gemacht werden? Die liberale Staats- und Wirtschaftstheorie weist dem Staate nur die Aufgabe zu, das Leben und Eigentum seiner Bürger zu schützen. Lassaile verglich die Rolle, die der Staat hierbei zu spielen habe, mit der Betätigung eines Nachtwächters und kämpfte gegen diese Auffassung mit der ganzen Wucht seines Wissens und seiner Persönlichkeit an. Er wies dem Staate als höchsten Zweck die Aufgabe zu, Kollektivbedürfnisse zu wecken und zu befriedigen, um so eine Summe von Glück und Wohlstand zu schaffen, wie es dem einzelnen nie möglich wäre. In ähnlichen Bahnen bewegt sich auch heute die Praxis kommunaler und staatlicher Betätigung, wenn auch jener Idealzustand, von dem Lassaile sprach, heute kaum mehr ist als ein erstrebenswertes Ziel.

Das wichtigste Kollektivbedürfnis ist die Volksbildung. Die Aufwendungen dafür (Lehrerbildung, Schaffung und Unterhaltung der Schulgebäude usw.) werden vom Staat und den Gemeinden aufgebracht. Sie stellen insofern einen Teil des unsichtbaren Arbeitslohnes dar, als dadurch den Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten die Kosten für die erste Ausbildung ihrer Kinder abgenommen werden. Für diese Zwecke wurden in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung von Staat und Gemeinde 19,49 Mk. aufgewandt.

Verhältnismäßig große Ausgaben erfordert der Sozialaufwand, den Staat und Kommunen zu leisten haben. Hierher gehören die Unterstellungen der allgemeinen Fürsorge an in Not geratene Personen, ferner die Ausgaben für Klein- und Sozialrentner, für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, des weiteren für hilfsbedürftige Minderjährige, nicht versicherte Wöchnerinnen und das ganze Gebiet der Flüchtlingsfürsorge. Außerdem fällt unter diese Kategorie von Ausgaben die Jugendwohlfahrtsfürsorge, also Jugendhilfe, Pflegekinderhäuser, Vormundschaft, Jugendgerichtshilfe und Fürsorgeerziehung. Die Erwerbslosenfürsorge ist jetzt durch Versicherung gewährleistet, nur zur Krisenfürsorge wird ein Bruchteil beigesteuert. Für all diese sozialen Maßnahmen wurden in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung 18,02 Mk. aufgewandt.

Auch hier sehen wir wieder den Grundsatz bestätigt, daß es Pflicht der Allgemeinheit ist, die hilfsbedürftigen Glieder der Gesellschaft zu unterstützen.

Für den Wegebau betragen die Ausgaben je Kopf der Bevölkerung im Reich 2,50 Mk. bei den Ländern 1,56 Mk., während Gemeinden und Gemeindeverbände 8,98 Mk. hinzuzurechnen. In den Hansestädten, wo sich der kommunale Begriff mit dem staatlichen deckt, wurden für diese Zwecke pro Einwohner 22,42 Mk. verausgabt. Gute Transportwege wirken fruchtverbilligend und ermöglichen dadurch niedrigere Preise, an denen der Arbeiter ebenso stark interessiert ist wie an hohen Löhnen, denn der Warenpreis bestimmt deren Kaufkraft. Aber dieser Kollektivaufwand wirkt sogar bis zur Arbeitszeitgestaltung. Gute Transportmöglichkeiten verkürzen die Zeit, die der Arbeiter gezwungen ist, seiner Familie fern zu sein, um seiner Arbeit nachgehen zu können.

Mit dem, was hier angegeben worden ist, erschöpft sich das Gebiet keinesfalls. Es sollte nur an Beispielen gezeigt werden, wie vielgestaltig die Auswirkungen der öffentlichen Finanzgebung auf das Arbeiterlohn sind. Auch all diesen Fragen das erforderliche Interesse zuzuwenden und in der Verwendung der oben angegebenen Summen die Entscheidungen so zu beeinflussen, daß der Arbeiter auch über den Umweg des unsichtbaren Arbeitslohnes geholfen wird, ist eine Aufgabe ihrer Interessenvertretung.

### Rechtsradikale Zellen in den Gewerkschaften

Die Nr. 48 der „Gewerkschaftszeitung“ vom 30. November 1929 bringt darüber folgenden beachtlichen Artikel:

In einer Rede in Bonn machte, wie wir Pressemitteilungen entnehmen, der Reichstagsabgeordnete Sellmann Mitteilungen über ein geheimes Rundschreiben des Stahlhelms, in dem die Gruppen dieser Organisation zur Einleitung einer nach kommunistischem Muster gebildeten Zellenpolitik in den Massenorganisationen der Arbeiterschaft angehalten werden. Die Tätigkeit dieser „Zellen“ soll sich auch gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie richten, woraus zu folgern wäre, daß die Zellenbildung auch in den Gewerkschaften stattfinden soll.

Fast zu gleicher Zeit erinnerte das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften (Nr. 21) an eine Veröffentlichung der Nationalsozialistischen Pressekorrespondenz (Nr. 5 vom 17. September), in der ähnliche Pläne dieser vortrefflichen Zeitgenossen erörtert werden. Wir erfahren aus der genannten Korrespondenz, daß am 3. August im Rahmen des Parteitages der Nationalsozialisten in Nürnberg eine Sondertagung für Gewerkschaftsfragen stattgefunden hat, die von dem Reichstagsabgeordneten Franz Störz gesteuert wurde. Ueber die Aussprache auf dieser Konferenz berichtete die Nationalsozialistische Pressekorrespondenz folgendes:

„Einige Redner nahmen in sehr scharfer Weise Stellung gegen die sogenannten „Gelben“, die Angehörigen der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine. Die Tagung wollte einen Trennungsschritt zwischen dieser Richtung und der Partei gezogen sehen und einmütig einem Antrag zustimmen, der den Ausschluß solcher Leute aus der NSDAP. forderte. Der Vorsitzende Störz rief davon ab, weil es nach seiner Meinung nicht ganz folgerichtig wäre, über die „Gelben“ ausdrücklich den Boykott zu verhängen, während man die Gewerkschaften in Bausch und Bogen tolerierte, von denen manche, wenn auch in anderer Weise, die Arbeitnehmerinteressen ebenso schädigten, wie dies die Werkvereine tun.“

„Wie Störz weiter erklärte“, schreibt hierzu das Zentralblatt, „enthalte die von der Tagungsleitung vorgelegte — inzwischen von Adolf Hitler genehmigte und im „Völkischen Beobachter“ vom 12. September d. J. veröffentlichte — Entschließung, die die Mitglieder der Partei zur Solidarität bei Arbeitskämpfen verpflichtet,

### Verderbliche Moral

So manchen wirft das Leben hin und her Hier auf unsrer lieben Muttererde, Der eine hat es leicht, der andre schwer, Und jenem wieder ist's egal, was aus ihm werde. Der Steinmeß-Seppl liebt den Maßstab über alles, Macht ein Spielchen für sein Leben gern, Zumer hat sein Portemonnaie den Dalles, Trotzdem spielt er doch den großen Herrn: „Ach, was soll das schlechte Leben mühen, Ein en Tod verlangt man nur von mir, Jenzi!“ brüllt er, „tu dich zu mir sehen, Gottsverdimmig Wirtschaft noch ein Bier! Singe, Mädels, mir von Lust und Liebe, Von der Jugend, die mir längst entflohn, Gottsverdimmig waren das schöne Zeiten Für den Seppl, meines Waters ältesten Sohn!“ Durch die Gurgel fließt so nacheinander Pen a pen der ganze Wochenlohn. „Bleib nichts übrig von dem Jahrlag heute, Gottsverdimmig, 's ist der reine Hohn. Ach, das ganze Leben ist belämmert, Und die ganze Arbeit für die Katz, Was man sich zusammen hat gehämmert, Gottsverdimmig, alles ist verrast. Nimmt mich einst der Teufel beim Schlafittchen: „Steinmeß-Seppl komm, es ist die höchste Zeit!“ Sag ich: „Mier Schaufelstiel, wir trinken noch ein Schnittchen, Prost Kollege, komm, ich bin bereit!“

Bereits eine prinzipielle Beurteilung der Methoden, deren sich die Gelben zu bedienen pflegten.

Diese Entschlieung enthält nun das Entscheidende:

Die NSDAP. steht in den nunmehr anzustrebenden Betriebszellenorganisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann.

Danach hätten wir in den Gewerkschaften neben den kommunistischen, mit denen wir bereits gesegnet sind, demächst das Auftreten von Stahlhelmlisten und, auf das das Maß voll werde, nationalsozialistische Zellen zu gewärtigen.

Man muß daran erinnern, daß die Gewerkschaften aller Richtungen sich im Sommer 1924 als Einheitsfront für den Dawesplan betätigt haben, der den wirtschaftlich abhängigen Schichten unseres Volkes jede Aussicht auf sozialen und kulturellen Aufstieg verbauten mochte.

Wahrlich: Es bleibt uns nichts erspart!

### Die Ursachen der Betriebsunfälle

Ueber die Ursachen der Unfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften veröffentlichte das Statistische Reichsamt kürzlich eine Zusammenstellung, die für die Beurteilung der Unfallvorgänge nicht ohne Bedeutung ist.

Die Zahl der Unfälle und ihre Folgen entwickelte sich nach der Aufstellung seit dem Jahre 1888 in rasch aufsteigender Linie. Bei einem Versichertenbestand von 4,3 Millionen Personen im Jahre 1888 ereigneten sich rund 121.000 Unfälle.

Die Folgen der Verletzungen zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Tod	völlig erwerbsunfähig	teilweise erwerbsunfähig
1888	2943	1886	13 980
1889	2943	1886	13 980
1890	3597	1869	20 937
1900	5108	592	45 997
1910	5292	453	63 566
1920	5961	298	47 277
1925	5285	463	50 306
1926	4873	487	54 544
1927	5298	433	55 322

Daran zeigt sich zunächst, daß die Zahl der tödlichen Unfälle zwar zahlenmäßig gestiegen ist, im Verhältnis zur Versichertenzahl aber erheblich zurückgegangen ist.

Die Mehrzahl der Unfälle ereignete sich beim Waren- und Gütertransport. Insgesamt ereigneten sich im Transportwesen rund 224.000 Unfälle, davon verliefen 1374 tödlich.

Sieran zeigt sich, wo die hauptsächlichsten Gefahrenquellen für den Arbeiter liegen. Die rapide Steigerung der Unfälle erfordert eine erhöhte Verschärfung der Schutzvorschriften.

Jahr	Versicherte Personen	Zahl der Verletzten
1888	4 320 700	121 100
1890	4 926 700	149 100
1900	6 928 900	310 100
1910	9 381 900	484 000
1920	9 537 400	433 000
1925	10 854 100	652 800
1926	9 948 300	753 600
1927	11 391 400	1 010 400

Danach ist die Zahl der Unfälle seit 1920 geradezu enorm gestiegen. Rund 570.000 Unfälle ereigneten sich im Jahre 1927 mehr als im Jahre 1920.

## AUS DEN ZAHLSTELLEN FÜR DIE ZAHLSTELLEN

### Geperret:

- 4. Gau: In Osterholz die Betriebe der Oberkirchener Sandsteinbrüche AG.
- 5. Gau: In Hildesheim die Firma Schneidewind.
- 6. Gau: Odenwaldbezirk (Berkheim- und Pflastersteingruppe). Die mit dem Verband der Granit-Industriellen des Odenwaldes (Sitz Heppenheim) über die Entlohnung der Reparationsarbeiten (Randsteine und Pflastersteine) erneut von uns angebahnten Verhandlungen haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt.

### Streit:

1. Gau NW: Im Kreis Wittmund bei der Firma Bauermann & Co. in Erens, Steinseher und Berufsgenossen wegen Maßregelung und Tarisdifferenzen.

### Ausland:

Lohnkürzung in Eindhoven (Südholland). Die Straßenbauunternehmer des holländischen Bezirkes Eindhoven, die sich erst kürzlich zu einem Verbandszusammenschluss, haben

## Achtung! Verbandsmitglieder!

Ueberzeugte Gewerkschafter bleiben am 22. Dezember dem Hugenberg-Volksentscheid fern.

Ueberzeugte Gewerkschafter bieten auch sonst alles auf, um andere Wähler und Wählerinnen von dieser nach unserer gewerkschaftlichen Auffassung unsinnigen und lächerlichen Abstimmung fernzuhalten.

Wenn in kleineren Orten unter abhängigen Verhältnissen oder wegen anderer Beeinflussung ein Fernbleiben nicht gut möglich erscheint, dann macht man in solchen Fällen seinen Stimmzettel einfach ungültig durch kräftige Durchstreichung seines ganzen Zettels.

Das Volksentscheid-Ergebnis muß dieser politisch-, wirtschaftlich- und sozialreaktionären Sippe eine zweite und viel gründlichere Niederlage bringen als das Volksbegehren.

als erste Tat ihrer jungen Organisation einen Lohnabzug von 20 Cent pro Stunde für die Straßenbauarbeiter verfügt. Weiter haben sie beschlossen, daß die Unternehmer, die diese Lohnkürzung nicht durchführen, eine Geldbuße von 500 Gulden zu zahlen haben.

Kein deutscher Steinseher, Rammer oder Hilfsarbeiter nehme in dieser Situation Arbeit in Holland an!

Zur Beachtung: Von Sperrern usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen. Sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Verbandsstreue. In Kiel bliden die Steinseher, Kollege E. Rademann und Petersen, auf eine 25-jährige Mitgliedschaft zurück. In Gommern sind zu den bereits veröffentlichten Verbandsjubilaren noch hinzugekommen die Kollegen Otto Schenk und Wilhelm Schenk.

Heftigkeit. Ein revolutionärer Betriebsrat, wie er aber nicht sein sollte, ist der Arbeiter Ernst Frommnecht in Heitzfeld, der als Obmann bei der inzwischen in Konkurs geratenen Tief- und Straßenbaufirma Gebrüder Sauermaich in Heitzfeld tätig war.

Frankfurt a. M. Die Versammlung am 26. November war von 53 Kollegen besucht. Ueber Arbeitsbeschaffung bringt Kollege Rehl nochmals die unternommenen Schritte bei Stadt und Staat vor.

weiteren ist uns nicht verständlich, daß Steinseher als berufsbildende Saisonarbeiter gelten sollen. Die Versammlung verlangt vom Zentralvorstand in dieser Hinsicht mehr Aktivität.

### Fork (Lausitz). Bezirkskonferenz der Steinseherfachgruppe

Gau 2, Niederlausitz, am 1. Dezember 1929. Nachdem die Ergänzungswahl des Gesellenausschusses zur Lehrlingsprüfung stattgefunden hatte, wurde die Konferenz eröffnet. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag; 2. Stellungnahme zur Kündigung des Tarifvertrages; 3. Berichtendes. Gauleiter Piefke gibt einen ausführlichen Bericht über die Verbandstagung, er sprach dabei gegen die Affordarbeit, die hauptsächlich in den angrenzenden Gebieten der Lausitz ihre größte Aufmachung hat und führte den Kollegen die schweren Folgen der Affordarbeit vor.

Meerane. Anlässlich der am 24. November 1929 im Konsumrestaurant stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde vom 1. Vorsitzenden Ernst Streune nach Erledigung der Tagesordnungspunkte bekanntgegeben, daß einige Jubilare zu verzeichnen sind, die auf eine 25-jährige Verbandstreue zurückblicken können.

Eudenburg. Am 24. November 1929 fand in der Zahlstelle eine Versammlung statt, zu der auch der Gauleiter Jakob Braun erschienen war, um Bericht vom Verbandstag zu erstatten und über die Änderungen im Arbeitslosengesetz zu referieren.

Duisburg. In der mittelmäßig besuchten Versammlung am 30. November 1929 referierte Gauleiter Kollege Braun über die Reform im Arbeitslosenversicherungsgesetz; wenn die Reform das nicht gebracht hätte, was wir uns zum Ziel gesteckt hätten, so liegt dies wohl hauptsächlich an den Arbeitern selbst.

Wildberg. Zum 30. November hatte die Zahlstellenleitung zu einer öffentlichen Versammlung in Wildbergerhütte sämtlicher Erwerbslosen der Bürgermeisterei Ebenhagen eingeladen.

**Wer ist der Empfänger deutscher Sachlieferungen? Innerhalb** des Reparationsproblems spielen die Sachlieferungen eine sehr große Rolle. Die Haager Konferenz hat darüber namentlich auf Betreiben Englands des längeren und breiteren verhandelt. Bekanntlich sieht der Youngplan nur noch Sachlieferungen auf die Dauer von 10 Jahren vor. Der Umfang nimmt von Jahr zu Jahr ab. Der Wert der Sachlieferungen seit Bestehen der Dawes-Gesetze wird mit 2,21 Milliarden Reichsmark angenommen. Dazu kommen noch fossile Brennstoffe in Höhe von rund 1,5 Milliarden. Von letzterem war der Hauptabnehmer Frankreich. Dorthin flossen für 990 Millionen Mark fossile Brennstoffe. Italien bekam für 357 Millionen Mark und Belgien für 143 Millionen Mark. Auch von den übrigen Sachwerten nahm Frankreich die meisten Produkte ab. Von den 2,21 Milliarden gingen 1,59 Milliarden nach Frankreich, 243 Millionen nach Belgien, 146 Millionen nach Jugoslawien, 97 Millionen nach Rumänien, 43 Millionen nach Italien usw. An der Spitze steht die Lieferung von Maschinen in einem Umfange von 402 Millionen Mark, dann folgen unedle Metalle und Waren daraus mit 314 Millionen Mark, Land- und Wasserfahrzeuge mit 223 Millionen Mark, synthetischer Stoffsstoff mit 221, Chemikalien mit 151, Zellstoff, Papier, Bücher usw. mit 148 u. Die Eisen-, Stahl- und Metallindustrie nimmt also an den Sachlieferungen am meisten teil.



## BRIEFKASTEN



**Gr., Gleich.** Deine briefliche Bemerkung ist unangebracht. Wenn so etwas zwei- oder gar dreimal gebracht werden soll von allen Orten, dann hat die 4. Seite nicht Raum genug. Es ist nur gut, daß die Redaktion darüber entscheidet und nicht jeder Ort. Dein Bezirk wird durchaus nicht schlechter, aber auch nicht besser behandelt, wie jeder andere. Dazu läge auch absolut kein Grund vor. Beschwerdestelle ist die Pressekommission, wende Dich aber an diese, aber bitte mit Beweisen.

**Unfallhäufigkeit und Unfallschwere.** Seit altersher gehören Bergbau und Steinbrucharbeit zu den gefährlichsten Berufen. Es ist aber auch wissenschaftlich, wie sich Unfallhäufigkeit und Unfallschwere in diesen beiden besonders gefährdeten Berufen zueinander verhalten, worüber uns die Zahlen der Berufsgenossenschaftlichen Austunft geben:

	Steinbruchs- Berufsgenossenschaft		Knappschafts- Berufsgenossenschaft	
	1927	1926	1927	1926
Versicherte Personen	341 020	278 318	770 590	748 590
Entschädigte Verletzte überhaupt	14 045	13 334	84 558	82 098
Neu hinzugekommen	2 164	1 905	11 654	10 367
darunter: völlig erwerbsunfähig	6	30	51	35
Getödtete	268	204	1 469	1 467

**Auf 100 Versicherte kamen ent- schädigte Verletzte:**

in der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft	1927	1926
	0,6	0,6
in der Knappschafts-Berufsgenossenschaft	1,5	1,4

**Auf 100 neu hinzugekommene ent- schädigte Verletzte entfielen tödlich Verunglückte:**

in der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft	12,4	10,7
in der Knappschafts-Berufsgenossenschaft	12,6	14,1

Hiernach ist die Unfallhäufigkeit im Bergbau zwar erheblich größer, die Unfallschwere ist dagegen in beiden Berufen ziemlich gleich. Erhöhter Unfallchutz bleibt nach wie vor eine unserer dringendsten Forderungen.

**Das neue Handelsabkommen mit Schweden ist, wie wir der Tagespresse entnehmen konnten, am 30. November unterzeichnet worden.** Im Sommer dieses Jahres war von Deutschland aus die Kündigung des deutsch-schwedischen Handels- und Schiffsabkommens vom Mai 1926 erfolgt, um von den in diesem Vertrag enthaltenen Bindungen der Getreide-, Vieh- und Fleischzölle freizukommen.

Nach dem neuen Abkommen fällt die Bindung der Getreidezölle völlig fort, desgleichen auch die Zollbindung für Schweine, Schweinefleisch und anderes Fleisch. Der Zoll für lebendes Rindvieh wird allgemein auf 2,50 Mark erhöht, jedoch wird Schweden ein Kontingent von 5000 bis 7000 Stück Rindvieh jährlich zum bisherigen Zollsatz von 16 Mark belassen. Andererseits sind der schwedische Landwirtschaft Zollerleichterungen für andere landwirtschaftliche Produkte zugestimmt worden. Im übrigen bleiben die Vereinbarungen des Handelsvertrages vom Mai 1926 bestehen. Ueber industrielle Zölle ist kein neues Abkommen getroffen worden. Demnach bleibt die zollfreie Pflastersteineinfuhr wie bisher bestehen. Mit der Ratifizierung des neuen Vertrages ist erst im Februar nächsten Jahres zu rechnen, da das schwedische Parlament nicht vor Januar 1930 zusammentritt.

**Im Zusammenhang mit dieser Vertragserneuerung, wobei die deutschen Pflastersteinindustriellen nicht auf ihre Rechnung gekommen sind, muß folgende Notiz aus der „Vollz.“ vom 6. Dezember gewertet werden:**

Aufsichtsratsitzung Basalt A.-G. In den nächsten Tagen wird bei der Basalt A.-G., Linz, wie der „Vollz.“ aus Köln gedruckt wird, eine Aufsichtsratsitzung stattfinden, die sich mit der Lage und den Aussichten der Gesellschaft eingehend befassen wird. Der kürzlich erfolgte Abschluß des schwedischen Auslandskartells der Pflasterstein-Industrie hat für die Basalt A.-G. insofern erhebliche Bedeutung, als die schwedische Beteiligung der Gesellschaft augenblicklich zirka 12 500 Arbeiter beschäftigt und man durch die neuen Abmachungen eine wesentliche Hebung der Rentabilität dieser Betriebe erhofft. Wie noch mitgeteilt wird, ist in der finanziellen Situation der Gesellschaft, die zu Beginn des Geschäftsjahres ziemlich angespannt war, eine wesentliche Milderung bisher nicht eingetreten.

Sehr interessant ist diese Notiz, auf deren Inhalt noch zurückzukommen ist, wenn der Vorgang sich durchsichtiger für uns offenbart.

**Amerikanische Arbeitsbeschaffung.** 10 Milliarden Mark, um 625 000 zu beschäftigen. Am Dienstag, 3. Dezember, wurde — nach dem „Vorwärts“ — im Kongreß eine Botschaft des Präsidenten Hoover zum Arbeitslosenproblem verlesen. Hoover kündigte darin den Bau von 30 neuen Landstraßen und Chausseen an. Die Kosten für diesen Bau betragen nach dem Voranschlag 2500 Dollarmillionen. Man glaubt durch diesen Bau 625 000 beschäftigungslosen Arbeitern Existenzmöglichkeit geben zu können.

**Die „Weihnachtskrankheit.“** Zu den Vorschlägen des Referentenentwurfs für die Reform der Krankenversicherung, die mit gleicher Schärfe von den freien Gewerkschaften wie von den Rassenvertretern abgelehnt werden, gehört die Bezahlung des Krankengeldes nach Arbeits- statt nach Kalendertagen. Abgegeben von den Verwaltungskosten der Umstellung, die zu den möglichen Ersparnissen in gar keinem Verhältnis stehen, ist es nicht zu verantworten, dem Erkrankten sein ohnedies knappes Krankengeld noch zu kürzen, wenn in die Woche ein oder mehrere Feiertage fallen. Die Weihnachtswoche, wo sie zahlenmäßig die Arbeitstage überwiegen, hat den Anlaß zu diesem Vorschlag gegeben. Von Kritikern der Krankenversicherung ist behauptet worden, die jetzige Regelung führe zur „Weihnachtskrankheit“, d. h. sie veranlasse die in Stunden- und Tagelohn stehenden Arbeitnehmer, die Weihnachtswoche zum „Krankfeiern“ zu benutzen. Gerade in diesem Jahr, wo die Entscheidung bevorsteht, wird das Verantwortungsbewußtsein und die Selbstsucht der gewerkschaftlich gesulchten Arbeiter sicher mit besonderer Deutlichkeit den Beweis des Gegenteils erbringen, um die drohende Rechtsverschlechterung zu vermeiden.

**Berliner Kaffeehausbesitzer klagen.** Wenn niemals in erheblichem Maße eine Industrie übermäßig gefördert wurde, dann ist es die Berliner Vergnügungsindustrie. Immer glanzvoller ausgestattete und größere Paläste wachsen aus dem Boden hervor. Man betrachte sich nur einmal die Gegend um die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, und man wird feststellen, daß hier riesige Summen des Nationalvermögens in der Vergnügungsindustrie festgelegt wurde. Daß dabei große Festinvestitionen zu verzeichnen sind, versteht sich wohl am Rande. Einem Ausrufer des „Berliner Börsen-Couriers“ haben die Leiter der großen Kaffeehäuser ihr Herz ausgeküttelt. Man kann daraus entnehmen, daß der Umsatz in den Kaffeehäusern zurückgeht. Bis 1. Oktober d. J. sind 33 000 Fremde weniger in Berlin gewesen als 1928. Der Besitzer eines großen Cafés erklärte, daß 1000 Gäste heute das konsumieren, was früher 30 000 Gäste verzehrten. Wieder andere sagten aus, daß der einzelne Gast meist bei einem Ränzchen Kaffee sich mehrere Stunden aufhält. Verantwortlich gemacht für diese Lage werden die kommunalen Steuererhöhungen, die Arbeitszeit der Angestellten und die Entlohnung. Die soziale Lage der Kaffeehausbesitzer wird fast von jedem erwähnt. Dabei wird das Bedienungspersonal nicht von Kaffeehausbesitzer, sondern von den Gästen bezahlt. Die Herrschaften lehnen sich zurück nach jener Zeit, wo die 15- bis 16stündige Arbeitszeit die Regel war. Etwas Derartiges kommt natürlich nicht in Frage. Die Krise der Vergnügungsindustrie liegt einesteils daran, daß sie überleht ist und zweitens, daß die sozialen Verhältnisse der meisten Wirtschaftsbesitzer nun einmal so sind, daß die Ausgaben für derartige Zwecke immer mehr eingeschränkt werden. Das mag man bedauern, es ist aber nun einmal so.

**Der endgültige Sieg der Internationalen Bank.** Seit Wochen ist in Baden-Baden über das Statut und den Sitz der Bank für internationalen Zahlungsausgleich verhandelt worden. In der Entscheidung der Reparationsfrage nimmt diese Bank eine außerordentlich wichtige Stelle ein. Sie soll die deutschen Zahlungen in Empfang nehmen und sie an die Gläubigerländer gemäß des festgelegten Schlüssel verteilen. Des ferneren soll sie eine Bank der Notenbanken sein, Konten der Notenbanken bei sich unterhalten und selbst in jedem Lande bei der betreffenden Bank durch eigene Konten vertreten sein. Der An- und Verkauf von Gold und Golddevisen gehört ebenfalls zum Aufgabengebiet der Bank. Was sie sonst noch leisten soll, kann nur vorausgesehen, aber noch nicht vorausgesehen werden. Sie wird jedenfalls im Rahmen des Austauschs der europäischen Wirtschaft eine große Rolle spielen. Aus alledem war es verständlich, daß jedes Land versuchte, den Sitz der Bank an sich zu ziehen. Es wurden London, Amsterdam, Brüssel, Zürich und Basel genannt. England, Deutschland und Japan traten für London ein, während Frankreich und Belgien sich für Brüssel einsetzten. Schließlich ist Basel als Sieger hervorgegangen. Das bedeutet ein sehr großes Vertrauensvotum für die Schweiz und seine Währung. Auch die schweizerische Wirtschaft wird dadurch Nutzen ziehen können. Die Sitzbestimmung der Reparationsbank ist eine weitere Stufe auf der endgültigen Bereinigung der internationalen Probleme.

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

**Ausföhrung**  
Nachdem der Bezirksleiter, Kollege Heinrich Schmitt, Magen, zum Gauleiter in Hannover gewählt wurde, macht sich für ihn im Bezirk Magen (Rhd.) die Wahl eines Nachfolgers notwendig. Geeignete Kollegen, die mit den besonderen Verhältnissen dieses Bezirkes (Hartbalklava, Basaltlava, Tuffstein, Trach) vertraut sind, werden ersucht, ihre Bewerbung unter Beifügung einer handschriftlichen Arbeit über: „Die Aufgaben eines Bezirksleiters im Magen-Bezirk“ und der Mitgliedsbücher (Gewerkschaft und Partei) bis zum 28. d. M. an den Unterzeichneten einzusenden.

**Der Verbandsvorstand. J. A.: Ernst Winkler.**  
Wegen Schädigung der Verbandsinteressen wurden ausgeschlossen: Der Steinmetz Joh. Seibert (Haußen, Bezirk Magen, Rhd.), der Steinsetzer Fritz Anders; der Malermeister Reinhold Holz, der Steinmetz Bodo Willig, alle drei in Berlin.



### BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN UND GAULEITUNGEN



**Berjammlungen:**  
Am 14. Dezember in Kolberg, Steinsetzer und Rammer um 19 Uhr im Restaurant Gohlke, Stettiner Straße.  
Am 15. Dezember in Stolp, um 9 Uhr Steinsetzer, um 11 Uhr Steinschläger, im Volkshaus.  
In Lauenburg (Vom.) um 10 Uhr Steinsetzer, um 12 Uhr Steinschläger im Lokal „Baden“, Kaiserstraße.  
Am 22. Dezember in Abterode, um 13 Uhr, Gasthof Windemuth, Bezirksversammlung von Kassel und Kreis Eschwege.

**Baugen.** Der Steinsetzer Karl Fiebig aus Waldenburg, Hermannstraße 18, in Schlesien, ist hier abgereist und hat sein Logisgeld von 40 RM. nicht bezahlt. Die Kollegen werden ersucht, auf Fiebig einzuwirken, damit er die hinterlassenen Schulden bezahlt.

**Krefeld.** Der Steinsetzer Emil Hahse, geb. 10. 1. 03 zu Gummersbach, hat hier noch Verpflichtungen gegen einen Hilfskassierer. Er möge daran erinnert werden.

**Greifenhagen.** Der Kollege Kübler wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber der Zahlstelle nachzukommen.

**Oberschlesien (Tarifbezirk Steinsetzgewerbe).** Die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder erfolgt zahlstellenweise nach dem Alphabet wie üblich in Kandlerin, Bahnhofshotel, am 29. Dezember, und zwar von 8 bis 16 Uhr. Bei der Auszahlung sind die Mitgliedsbücher vorzulegen, ohne dem erfolgt keine Auszahlung.

**Nürnberg.** Der Marmorsteinmetz Max Haidacher, geb. am 23. 5. 1894 zu Landau, eingetreten am 12. 10. 1929 zu Nürnberg, ist ohne Abmeldung unter Hinterlassung beträchtlicher Schulden spurlos verschwunden, wodurch auch andere Kollegen geschädigt sind. Keine Unterstützung auszahlen und beim Auftauchen entsprechend behandeln.

**Kassel (Steinsetzer und Berufsgenossen).** Die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder findet am 19. und 20. Dezember von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr; am 21. Dezember von 9 bis 11 Uhr im Bezirksbüro zu Kassel, Spohrstr. 6, statt. In den Zahlstellen Elmanshausen, Germerode, Abterode, Hekerode und Niedersiefungen besorgen die örtlichen Kassierer die Auszahlung.  
In allen Orten und in jedem Fall sind die Mitgliedsbücher vorzulegen!

- ### Adressen-Änderungen
1. Gau (NO): Frankfurt (Oder). Vorj.: Otto Grieger, Wollenweberstraße 20, I. Kass.: Emil Busch, Große Mühlroßstraße 75, I.
  2. Gau: Ratibor. Vorj.: Johann Bedrunka, Boleslau Nr. 96, Post Tworkau (Kr. Ratibor).
  4. Gau: Carlshafen. Vorj.: Wihl. Mahlmann, Wahnbeck (Han.). Post: Bodenfelde. Kass.: Julius Niemeyer, Wahnbeck (Han.), Post: Bodenfelde.
  6. Gau: Schweisweiler. Vorj.: Friedrich Bachmann. Kass.: Franz Schuler. — Tiefenstein. Vorj.: Otto Sommer.
  7. Gau: Kirchenlamitz. Vorj.: Hans Pfeifer, Schützenstraße 11. Kass.: Fritz Paush, Schützenstraße 7.



## NEUE BUCHER- U. ZEITSCHRIFTEN



**Strukturwandlungen im Verbands der Fabrikarbeiter.** Von Dr. Eva Herfarth. Verlag: Fabrikarbeiterverband, Hannover, Neulohstr. 7. Preis brosch. für Gewerkschaftsmitglieder 40 Pfg. Im Buchhandel 2 Mk.  
Die vorliegende Schrift ist eine Dissertationsarbeit, die der Verfasserin den Doktorittel eintrugte. Also eine sogenannte Doktorarbeit, von denen jährlich viele auf dem Markt kommen. Nicht oft finden sich darunter solche gründliche und gut fundierte Abhandlungen, die den Organisationen der Arbeiter und ihren Bestrebungen objektiv gerecht werden, wie die vorliegende. Unser Steinbrucherverband hat auf diesem Gebiet auch einige Erfahrungen sammeln können. Das Buch von Dr. Eva Herfarth behandelt das Ziel und Warum einer Frage, die in den achtziger, zum Teil noch in den neunziger Jahren ein gewerkschaftliches Problem war, nämlich, das organisierte Zusammenwirken gelernter, angelernter, ungelerner Arbeiter in einer Organisation. Heute ist das kein Problem mehr, sondern ist eine selbstverständliche Tatsache geworden durch die technische und wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt. Auf dem Gewerkschaftskongreß 1905 in Köln brachte das ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes in folgenden Worten zum Ausdruck:  
„Wir betrachten auch den ungelerten Arbeiter als unsern Kollegen, wir wollen keine Arbeiterkategorie, wie man sie in England kennt, weil wir wissen, daß geringe Entlohnung der ungelerten Arbeiter die qualifizierten an der Ertringung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen hindert.“  
Das ist nun Allgemeingut der organisierten Arbeiterkategorie geworden. Im Zusammenhang damit wird von der Verfasserin die Gründung, Entwicklung und das gewerkschaftliche Gedeihen des Fabrikarbeiterverbandes in klarer und anregender Weise behandelt. Vorüber Kollege Brühl, der Sekretär des Fabrikarbeiterverbandes, abschließend in einem längeren Besprechungsschrift schreibt:  
„Es ist das Verdienst von Frau Dr. Herfarth, daß sie durch ein vorzügliches Sachvermögen in die tiefen Vorgänge der wirkenden Organisationskräfte die treibenden Elemente für die Bekämpfung auf einem scharf umrissenen Gebiet aufzeigt hat. Mit erneuter Schärfe zeigt sie die gewerkschaftsorganisatorische Entwidlungsstufe auf, fübend auf einer maßvollen wissenschaftlichen Grundlage. Und was wir besonders begrüßen, es fehlt die geeignete Wortfülle. Sachformen und Begriffe sind gleich klar.“

**ANZEIGEN**

## Berlin

Alle Mitglieder der Zahlstelle Berlin, die bisher mindestens 26 volle Beiträge geleistet haben und die ab 1. November bis 20. Dezember krank oder erwerbslos sind, sowie jene, die erst seit dem 16. November bis 20. Dezember krank oder erwerbslos sind, aber im Jahre nicht mehr als 30 Wochen gearbeitet haben, melden sich am Sonnabend, dem 21. Dezember, von 9 bis 1 Uhr im Büro zur Abholung der Weihnachtsunterstützung.  
Die Ortsverwaltung. I. A.: Gustav Nitsche.

## Tarifbezirk Groß-Hamburg

**Die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder für Altona, Bramfeld, Hamburg, Wandsbek und Umgegend** erfolgt für die Kollegen mit dem Anfangsbuchstaben von A bis K am Mittwoch, dem 19. Dezember 1929, und von L bis Z am Donnerstag, dem 19. Dezember 1929, jeweils von 11 bis 17 Uhr im Gewerbehause Hamburg, Holstenwall 12a (Kellergeschoß).  
Die Wohlfahrtsbücher sind bis spätestens zum 14. Dezember 1929 an den Kollegen Julius Frahm (Hamburg), Bachstr. 78, H. 10, III, abzuliefern.  
Bei der Auszahlung ist das Verbandsbuch vorzulegen; die Familienangehörigen der Mitglieder, die das Wohlfahrtsgeld abholen, haben außerdem noch eine Vollmacht vorzulegen. Die nicht im Zentralverband der Steinbrucher organisierten Steinsetzer, Steinhauer, Plattenleger und Rammer haben für Geschäftsunkosten 5 Mk., und die unorganisierten Hilfsarbeiter haben 3 Mk. zu zahlen. Dieser Betrag wird bei der Auszahlung in Abzug gebracht.  
Die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder in Bergedorf, Harburg und Umgegend wird den Mitgliedern besonders mitgeteilt.

Den bekanntesten guten u. bestbewährten handgearbeiteten Steinbruchschuh. N 14.75 Realteiles Beliefer. Hochw. Qualit.

Verlangen Sie Preisliste! Herm. Weibers Berufsschuhwerk Bad Godesberg

**Achtung! Neuheit! Haarfilzstrümpfe**  
in allen Größen, wärmste Fußbekleidung für Steinbrucher, waschbar u. ausbesserungsfähig, daher von längerer Lebensdauer, liefert Haarfilzstrümpfabrik L. Huhn, Stadtionsfeld

**Pflasterhämmer**  
aus bestem Schweißstahl  
Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb  
Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82



## GESTORBEN



(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Barmen am 26. November der Sandsteinmetz Antonio Bartoluzzi, 42 Jahre alt, 10 Wochen krank, Typhus.  
In Duderstadt am 15. November der Steinsetzer Joseph Leisner, 59 Jahre alt, 6 Wochen krank, Lungenentzündung.  
In Gelsenkirchen am 21. November: der Steinsetzer Friedrich Hülskötter, 41 Jahre alt, 9 Tage krank, Lungenentzündung.  
In Mühlbach am 25. November der Sandsteinmetz Nikolaus Schärer, 46 Jahre alt, 4 Monate krank, Asthma.  
In Rößdorf am 25. November der Brecher Ludwig Reiß, 21 Jahre alt, tödlicher Betriebsunfall.

**EHRE IHRER ANDENKEN**

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig.  
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.